

15. September 1975

Schriftliche Beantwortung (S-Geschäft)
(Nr.12 167) Interpellation Bräm vom 25. November 1974 betreffend
Haltung gegenüber der DDR

Politisches Departement. Antrag vom 10. September 1975

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die Interpellation Bräm wird genehmigt (s.Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- EPD 10 zur Kenntnis
- EVD 4 " "
- BK 4 (Hb, Br, Sa, AS) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schmitt

Nationalrat

Schriftliche Beantwortung

12 167 Interpellation Bräm vom 25. November 1974

Haltung gegenüber der DDR

Teilt der Bundesrat die weitverbreitete Auffassung, dass die schweizerische Diplomatie im Verkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), die ihre Interessen mit brutaler Härte verfehlt, unsere menschlichen und materiellen Anliegen viel entschiedener vertreten sollte?

Begründung:

Herr Bundesrat Graber darf mein Verständnis voraussetzen für seine Forderung nach parlamentarischer Zurückhaltung mit Protesten, die die ohnehin heikle Arbeit seines Departementes erschweren könnten. Ich weiss selbstverständlich, dass die Erfordernisse der Diplomatie nicht immer mit dem Empfinden der Bürger übereinstimmen. Ich weiss auch, dass die harte Sprache und derbe Handlung auf dem Felde der Diplomatie dem Mutigen und seinem Land Schwierigkeiten bringen können.

Trotzdem, so meine ich, müssen die schweizerischen Unterhändler im Umgang mit der DDR gröbere Handschuhe anziehen. Die Regierung der DDR verfehlt weltweit ihre Interessen mit einer Handfestigkeit und Widersprüchlichkeit, die Erstaunen und Aergernis hervorrufen. Unverfrorenheit, um nicht zu sagen Frechheit, sind im Programm dieser Regierung gross geschrieben. Einschüchterung wird mit Erfolg betrieben. Humanismus und Toleranz werden auf einer eigens zur 25. Wiederkehr der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte herausgegebenen Briefmarke gepriesen. Diese Briefmarke passiert eine Mauer, wo freiheitsliebende Menschen von den eigenen Landsleuten erschossen werden. Brautleute verschiedenster Nationalität, auch Schweizer und Schweizerinnen, dürfen einander nicht finden. Wollen sie es, kann es Verwundung oder Tod bedeuten. Wenn es um die Staatsraison geht, sind die Lobpreisungen auf die Menschenrechte und der selbstverständliche Anspruch auf Freizügigkeit unter Christenmenschen vergessen. Menschliches Leid vermag die Verantwortlichen nicht zu rühren, wenn angeblich das höhere Staatsinteresse auf dem Spiele steht. Macht, Prestige und Materialismus rangieren vor dem Begriff der Menschlichkeit. Auf wirtschaftlichem Feld wird viel gefordert, aber relativ wenig geboten. Es wird den Eidgenossen, besonders den geschäftstüchtigen, viel Hoffnung gemacht, doch die Frage der Erfüllung steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

Vor allem Amerika und England haben diese Taktik und Praxis durchschaut; sie führen mit der DDR immer noch eine diplomatische, aber eine deutliche Sprache. Sie erklären sich zur Leistung bereit, verlangen aber unnachgiebig Gegenleistungen menschlicher Art. Wie ist es in dieser Hinsicht mit dem Auftreten der schweizerischen Diplomatie bestellt? Der Schweizerische Beobachter schreibt in

- 2 -

seiner Ausgabe vom 31. Oktober 1974 in einem sehr bemerkenswerten Offenen Brief an das Eidg. Politische Departement unter anderem folgendes:

"Die banale Wahrheit, derzufolge die Liebe keine Grenzen kennt, ist in der letzten Zeit für manchen jungen Schweizer zum tragischen Schicksal geworden. Aus einer flüchtigen Bekanntschaft entwickelte sich eine starke Beziehung; zwei Menschen haben sich kennen- und lieben gelernt. Aber eine Heirat ist ausgeschlossen: Die Ostblockstaaten, namentlich Rumänien und die DDR, weigern sich, ihren Staatsangehörigen die Ausreise zu bewilligen. Eine illegale Grenzüberschreitung kommt nicht in Frage; und wer aus Ostdeutschland zu fliehen versucht, wird erschossen.

Nund das Entscheidende: Wendet sich ein Schweizer Bürger an die diplomatische Vertretung seines Landes in einem Ostblockstaat in der Hoffnung, Unterstützung zu finden, so spielt jedesmal der gleiche Mechanismus. In überzeugender Verbindlichkeit schwören die Schweizer Diplomaten alle heiligen Eide, unternehmen zu wollen, was unternommen werden könne. Aber sie vergessen nie, hinzuzufügen, dass das wenig sei. Irgendeine Möglichkeit, einen Druck auszuüben, bestehe nicht. Es handle sich im Grunde genommen um innere Verhältnisse, in die sich einzumischen die schweizerische Diplomatie überhaupt nicht befugt sei. - Ihr Departement ist vom Beobachter auf einen besonders schweren Fall aufmerksam gemacht worden: Bereits seit drei Jahren wartet ein Schweizer auf seine Braut und auf den heute dreijährigen Sohn, den sie ihm in Dresden geboren hat. Noch im Juli 1974 äusserte sich einer Ihrer Mitarbeiter dazu wie folgt:

"Der Entscheid über die Ausreise der Braut unseres Landmannes und von deren unehelich geborenem Kind fällt grundsätzlich in die ausschliessliche Zuständigkeit der Behörden der DDR. Bei allem, was wir zugunsten dieses bedauerlichen Falles zu tun vermögen, muss gemäss den völkerrechtlichen Regeln der zwischenstaatlichen Beziehungen das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Heimatstaates von Fräulein W. beachtet werden."

Bedauerlich und bedenklich zugleich ist die Tatsache, dass sich die Mitarbeiter der Schweizer Botschaft in Ostberlin offensichtlich ohne Widerrede mit zynischen Antworten der DDR-Funktionäre abspeisen lassen. Diese haben in den Gesprächen in Ostberlin durchblicken lassen, es stehe dem betroffenen Schweizer ja frei, die Vereinigung der Familie durch die Auswanderung nach Ostdeutschland zu vollziehen. Sehr geehrter Herr Bundesrat, die Schweiz hat während langer Zeit gezögert, diplomatische Beziehungen zum DDR-Regime herzustellen. Sie tat es erst nach dem Abschluss des zwischen der BRD und der DDR geschlossenen sogenannten Grundvertrages Ende 1973. Begründet wurde der wenig populäre Schritt nicht zuletzt damit, dass die schweizerischen

Interessen nur auf diese Weise gewahrt werden könnten. Die Probe aufs Exempel hat aber bisher die schweizerische Diplomatie nicht bestanden. Das wichtigste Argument, das sie zu ihrer Verteidigung einsetzt - der Hinweis auf das angeblich unabänderliche Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten -, ist durch andere internationale Vorgänge längst widerlegt worden."

Die schweizerischen Interessen in der DDR, sei es auf menschlichem oder wirtschaftlichem Gebiet, müssen seitens unserer Diplomaite weniger zurückhaltend, dafür zielstrebig verfochten werden. Wir sind bereit zu geben, wollen aber auch einhandeln. Das alte Sprichwort "Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil", hat auch im zwischenstaatlichen Verkehr Berechtigung.

Die DDR schuldet uns noch Hunderte von Millionen. Wir dürfen aus einer Position des guten Gewissens daran erinnern und müssen mit Bestimmtheit auf der endlichen Rückzahlung bestehen. Eine weiche Haltung wird von diesen härtesten aller Deutschen nicht honoriert.

Der im Beobachter zitierte Fall, stellvertretend für viele andere, ist ein Skandal. Wer sich gegenüber einem Handelspartner so verhält, kann nicht ohne moralische Gegenleistungen mit einem Ausbau der Handelspolitik rechnen! Wo es um das Schicksal unserer Mitbürger geht, sind der diplomatischen Praxis der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes Grenzen gesetzt. Menschlichkeit kommt vor dem Geschäft und der Staatsraison. Die Liberalisierung der Ausreisepolitik seitens der DDR muss unter allen Umständen erkämpft werden. Ich meine, dass zwischen der DDR und der Schweiz einiger Unrat ausgeräumt werden muss. Ist dies endlich geschehen, dann kann der Vertrauensschwund einer vertrauensvolleren Zusammenarbeit weichen.

Inzwischen hat unser Aussenminister den erwähnten offenen Brief des "Beobachters" sehr abgewogen beantwortet. Dafür ist ihm zu danken. Er schreibt in seiner Antwort u.a.:...

"Der Bundesrat hat in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, dass im Verhältnis der Schweiz zu anderen Staaten das Prinzip der Nichteinmischung einen völkerrechtlichen Grundsatz darstellt, der von allen Seiten zu beachten ist. Dies gilt ebenfalls in unserem Verkehr mit jenen Staaten, von denen in Ihrem Brief die Rede ist ..."

So weit, so gut. Unsere Diplomatie muss aber dort kraftvoller auftreten, wo unseren Landsleuten die legitimsten Rechte vorenthalten und sie wie Sklaven behandelt werden. Unsere Geschichte kennt Abschnitte, da Schweizer gegenüber der Sowjetunion und Nazi-Deutschland eine sehr deutliche Sprache geführt hatten. Die Erfahrung lehrt, dass die Mächtigen dieser Welt die Hemdärmligen mehr respektieren als die Leisetreter.

Ich freue mich, wenn ich mit meiner Interpellation dazu beitragen darf, dass unsere Landsleute in den menschlichen und

materiellen Bereichen endlich die ihnen zustehenden Rechte bekommen. In diesem Sinne erwarte ich vom Bundesrat eine grundsätzlich zustimmende Stellungnahme zu meinen Anliegen.

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Bundesrat versteht die Besorgnisse des Interpellanten über die menschlichen und materiellen schweizerischen Anliegen gegenüber der DDR. Es kann aber keine Rede davon sein, dass diese Interessen nicht genügend entschieden vertreten worden sind.

Als der Bundesrat beschloss, mit der Deutschen Demokratischen Republik am 12. Dezember 1972 diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufzunehmen, trug dieser Schritt der Entwicklung der politischen Lage in Europa Rechnung. Durch die Anerkennung der DDR, die schliesslich alle westeuropäischen Staaten vollzogen, wurde die notwendige Grundlage geschaffen für eine wirksame Vertretung unserer Interessen, welche eine Vielzahl von Problemen humanitärer, sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Art umfassen.

In unseren Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten verursachen Unterschiede in der Rechtsauffassung, in der Anwendung von Gesetzen, und ganz allgemein das Fehlen einer gemeinsamen Weltanschauung oft Schwierigkeiten. Dies trifft in besonderem Masse auf die DDR zu, die während langer Zeit überhaupt keine Beziehungen zu den westlichen Staaten hatte und sich jetzt erst langsam von ihrer unkonzilianten Haltung in grenzüberschreitenden menschlichen Belangen wegbewegt. Wir verhehlen es nicht, dass die Haltung der DDR auf diesem Gebiet uns bisher nicht befriedigt hat.

Zwischenstaatliche Beziehungen können nach unserer Auffassung nur wirklich befriedigen, wenn sie auch die gegenseitige Zulassung eines freien Austausches von Menschen und Ideen umfassen. Wir haben denn auch in unserer Erklärung anlässlich der dritten Phase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki darauf hingewiesen, dass die Lösung der Probleme auf diesem Gebiet für unsere öffentliche Meinung den eigentlichen Test für eine positive Einschätzung der Konferenzresultate bilde.

Die konkreten menschlichen Anliegen gegenüber der DDR - Rückführung von Schweizerfamilien und Ausreiseerlaubnis im Zusammenhang mit Heiraten zwischen Angehörigen der beiden Staaten - sind schweizerischerseits beharrlich in zahlreichen Interventionen vertreten worden, und zwar sowohl bilateral wie auch im multilateralen Rahmen. Die Resultate dieser ständigen Bemühungen blieben bescheiden - nur wenige Fälle konnten gelöst werden und noch zahlreiche harren der Erledigung. Im Rahmen der KSZE wurden sodann diese Probleme auf höchster Ebene aufgeworfen, und wir warten nun auf das Resultat dieser Demarche. Die bisherige Reaktion berechtigt immerhin zur Hoffnung, dass in naher Zukunft Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht werden können.

Was den Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR anbelangt, der im Juni 1975 zur Unterzeichnung eines Handels- und Wirtschaftsabkommens führte, ist davon auszugehen, dass nicht nur die Gegenseite daran interessiert ist. Beim gegenwärtigen Stand der Konjunktur liegt es im Interesse eines mit der Weltwirtschaft so eng verbundenen Landes wie der Schweiz, alle verfügbaren Möglichkeiten zur Ausweitung bestehender und zur Gewinnung neuer Märkte auszuschöpfen.

Hinsichtlich unserer Entschädigungsforderungen für in der DDR vorhandene Vermögenswerte wurde bereits in der Antwort des Bundesrates vom 12. Februar 1975 auf eine einfache Anfrage Schwarzenbach darauf hingewiesen, dass die offiziellen Entschädigungsverhandlungen nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vereinbarungsgemäss aufgenommen wurden. Bisher fanden zwei Verhandlungsrunden statt, die vor allem der Abklärung der grundsätzlichen Fragen sowie der Bestandesaufnahme und Dokumentation dienten.

Die Phase der Bestandesaufnahme der schweizerischen Vermögenswerte in der DDR ist zur Zeit noch nicht abgeschlossen. Von schweizerischer Seite sind tausende von Einzelfällen zu bearbeiten, die Beweisunterlagen für die geltend gemachten Forderungen nach Möglichkeit bereitzustellen und den Behörden der DDR zur Stellungnahme zu unterbreiten. Die Bewältigung dieser administrativen Arbeiten, die äusserst vielfältig und zeitraubend sind, dürfte leider beim gegenwärtigen beschränkten Personalbestand noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Schweizerischerseits wird der Abschluss eines Abkommens angestrebt, das möglichst alle noch offenen vermögensrechtlichen Fragen regeln soll.

Die DDR-Delegation hat bereits anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde Ende November 1974 ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft für die verschiedenen unter Verwaltung des Staates stehenden Vermögenskomplexe erklärt und eine sachliche und konstruktive Weiterführung der Verhandlungen zugesichert. Die gleichen Zusicherungen wurden von massgebenden DDR-Stellen anlässlich der Unterzeichnung des Handels- und Wirtschaftsabkommens abgegeben. Die nächste Verhandlungsrunde findet Ende Oktober d.J. in Bern statt. Bisher kann von einer dilatorischen Verhandlungsführung nicht gesprochen werden. Dabei ist namentlich zu berücksichtigen, dass ausser der Schweiz noch weitere Staaten gleichzeitig Entschädigungsverhandlungen mit der DDR führen.

Zum Abschluss möchten wir die Versicherung abgeben, dass unsere Diplomatie auch weiterhin alle schweizerischen Interessen gegenüber der DDR energisch vertreten wird. Dabei werden alle geeigneten Mittel eingesetzt. Die Schweiz verfügt allerdings zur Durchsetzung ihrer Anliegen über keinerlei besonderen Mittel. Die diskrete Beharrlichkeit, mit der unser Kleinstaat traditionell seine aussenpolitischen Belange vertritt, bleibt auch in Zukunft die einzig mögliche Methode unseres Vorgehens.

221.(12167) Interpellation Bräm du 25 novembre 1974

Attitude envers la RDA

Le Conseil fédéral estime-t-il également que la diplomatie suisse, dans ses relations avec la République démocratique allemande (RDA), devrait défendre de manière beaucoup plus résolue nos positions et objectifs, tant en ce qui concerne les personnes que les biens; pour leur part, les diplomates de l'Allemagne de l'Est défendent ceux de leur pays avec une dureté qui confine à la brutalité ?

Exposé des motifs

M. le Conseiller fédéral Graber peut compter sur ma compréhension lorsqu'il demande aux membres du Parlement de modérer le ton de leurs interventions, parce qu'elles pourraient rendre encore plus difficile le travail délicat accompli par son département. En outre, je sais que les exigences de la diplomatie ne sont pas toujours en harmonie avec les sentiments des citoyens. Je n'ignore pas non plus que, sur le plan international, des propos vifs et des actes brutaux peuvent créer des difficultés à un courageux défenseur des intérêts de son pays, de même qu'à celui-ci.

Je pense malgré tout que les négociateurs suisses qui traitent avec la République démocratique allemande (RDA) devraient faire preuve de plus de fermeté. En effet, la RDA, sans se soucier des contradictions, défend ses intérêts dans le monde entier avec un acharnement qui étonne et indispose à la fois. L'effronterie, pour ne pas dire l'impudence, est chose courante dans le programme de ce gouvernement. L'intimidation est utilisée avec succès, tandis qu'un timbre émis à l'occasion du 25e anniversaire de la Déclaration universelle des droits de l'homme fait l'éloge des sentiments humanitaires et de la tolérance. Il traverse un mur où des hommes épris de liberté sont fusillés par leurs propres compatriotes. Des fiancés de toutes nationalités, parmi lesquels des Suisses et des Suissesses, n'ont pas le droit de se rencontrer. S'ils essaient de le faire, ils risquent d'être tués, ou du moins blessés. Dès qu'il s'agit de la raison d'Etat, on ne songe plus aux droits de l'homme, ni au droit qu'ont les chrétiens de disposer de leur personne. La souffrance humaine ne saurait toucher les responsables quand les intérêts supérieurs de l'Etat sont, semble-t-il, en jeu. La puissance, le prestige et le matérialisme prennent le pas sur la notion d'humanité. Dans le domaine économique, on exige beaucoup, mais on offre relativement peu. On laisse passablement d'espoir à nos concitoyens, en particulier à nos hommes d'affaires, mais la réalisation de leurs désirs n'est pas pour demain. Ce sont surtout les Américains et les Anglais qui ont percé à jour cette tactique et cette façon de procéder; ils continuent à parler à la RDA un langage respectueux des

- 2 -

usages diplomatiques certes, mais ferme. Ils se déclarent prêts à donner quelque chose, exigeant toutefois en contrepartie un comportement humain.

Qu'en est-il à cet égard des interventions de la diplomatie suisse ? Le "Schweizerischer Beobachter" a publié, dans son numéro du 31 octobre 1974, une remarquable lettre ouverte au Département politique, où l'on peut lire notamment ce qui suit :

"Die banale Wahrheit, derzufolge die Liebe keine Grenzen kennt, ist in der letzten Zeit für manchen jungen Schweizer zum tragischen Schicksal geworden. Aus einer flüchtigen Bekanntschaft entwickelte sich eine starke Beziehung; zwei Menschen haben sich kennen- und lieben gelernt. Aber eine Heirat ist ausgeschlossen : Die Ostblockstaaten, namentlich Rumänien und die DDR, weigern sich, ihren Staatsangehörigen die Ausreise zu bewilligen. Eine illegale Grenzüberschreitung kommt nicht in Frage; und wer aus Ostdeutschland zu fliehen versucht, wird erschossen.

Nun das Entscheidende : Wendet sich ein Schweizer Bürger an die diplomatische Vertretung seines Landes in einem Ostblockstaat in der Hoffnung, Unterstützung zu finden, so spielt jedesmal der gleiche Mechanismus. In überzeugender Verbindlichkeit schwören die Schweizer Diplomaten alle heiligen Eide, unternehmen zu wollen, was unternommen werden könne. Aber sie vergessen nie, hinzuzufügen, dass das wenig sei. Irgendeine Möglichkeit, einen Druck auszuüben, bestehe nicht. Es handle sich im Grunde genommen um innere Verhältnisse, in die sich einzumischen die schweizerische Diplomatie überhaupt nicht befugt sei. - Ihr Departement ist vom Beobachter auf einen besonders schweren Fall aufmerksam gemacht worden : Bereits seit drei Jahren wartet ein Schweizer auf seine Braut und auf den heute dreijährigen Sohn, den sie ihm in Dresden geboren hat. Noch im Juli 1974 äusserte sich einer Ihrer Mitarbeiter dazu wie folgt :

'Der Entscheid über die Ausreise der Braut unseres Landsmannes und von deren unehelich geborenem Kind fällt grundsätzlich in die ausschliessliche Zuständigkeit der Behörden der DDR. Bei allem, was wir zugunsten dieses bedauerlichen Falles zu tun vermögen, muss gemäss den völkerrechtlichen Regeln der zwischenstaatlichen Beziehungen das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Heimatstaates von Fräulein W. beachtet werden.'

Bedauerlich und bedenklich zugleich ist die Tatsache, dass sich die Mitarbeiter der Schweizer Botschaft in Ostberlin offensichtlich ohne Widerrede mit zynischen Antworten der DDR-Funktionäre abspeisen lassen. Diese haben in den Gesprächen in Ostberlin durchblicken lassen, es stehe dem betroffenen Schweizer ja frei, die Vereinigung der Familie durch die Auswanderung nach Ostdeutschland zu vollziehen.

- 3 -

Sehr geehrter Herr Bundesrat, die Schweiz hat während langer Zeit gezögert, diplomatische Beziehungen zum DDR-Regime herzustellen. Sie tat es erst nach dem Abschluss des zwischen der BRD und der DDR geschlossenen sogenannten Grundvertrages Ende 1973. Begründet wurde der wenig populäre Schritt nicht zuletzt damit, dass die schweizerischen Interessen nur auf diese Weise gewahrt werden könnten. Die Probe aufs Exempel hat aber bisher die schweizerische Diplomatie nicht bestanden. Das wichtigste Argument, das sie zu ihrer Verteidigung einsetzt - der Hinweis auf das angeblich unabänderliche Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ist durch andere internationale Vorgänge längst wiederlegt worden."

Les intérêts suisses en RDA, que ce soit sur le plan humain ou dans le domaine économique, doivent être défendus par notre diplomatie avec moins de réserve et plus d'efficacité. Nous sommes disposés à donner, mais nous voulons quelque chose en échange. L'ancien proverbe "A vilan, vilain et demi" trouve aussi sa justification dans les relations internationales. La RDA nous doit encore des centaines de millions. Forts de notre bonne conscience, nous pouvons nous permettre de le rappeler et d'insister pour que cette dette soit remboursée. Une attitude empreinte de mollesse n'a aucune chance d'être prise en considération par des gens qui sont les plus durs de tous les Allemands.

Le cas cité dans le "Beobachter", qui en illustre bien d'autres, est un scandale. Celui qui agit ainsi avec un partenaire ne saurait compter sur une extension des échanges commerciaux sans contre-prestations sur le plan moral ! Quand il s'agit du sort de nos concitoyens, le principe de la non-immixtion dans les affaires internes d'un autre pays a des limites. La notion d'humanité doit primer les affaires et la raison d'Etat. Il faut combattre par tous les moyens pour que la RDA libéralise la pratique suivie pour la délivrance du permis de sortie. Je veux dire qu'il est nécessaire de mettre les choses au point entre la RDA et la Suisse. Lorsqu'on y sera enfin parvenu, la crise de confiance actuelle pourra faire place à une collaboration plus étroite.

Entre-temps, notre Ministre des affaires étrangères a répondu d'une manière très pondérée à la lettre ouverte du "Beobachter". Il faut l'en remercier. Il écrit notamment : "Le Conseil fédéral a déjà insisté à plusieurs reprises sur le fait que, dans les relations entre la Suisse et les autres Etats, le principe de la non-immixtion dans les affaires intérieures constitue une règle du droit international qui doit être observée par tous. Cette règle s'applique aussi aux relations que nous entretenons avec les pays mentionnés dans la lettre ..."

Rien à redire jusque-là. Cependant, notre diplomatie doit intervenir plus énergiquement lorsque nos concitoyens sont frustrés

de leurs droits légitimes et qu'ils sont traités comme des esclaves. Il y a, dans notre histoire, des périodes où des Suisses ont parlé un langage clair à l'Union soviétique et à l'Allemagne nazie. L'expérience montre que les puissants de ce monde respectent davantage les hommes résolus que les timorés.

Je serais heureux que mon intervention puisse contribuer à ce que nos compatriotes jouissent enfin des droits qui leur reviennent, tant en ce qui concerne leurs personnes que leurs biens. C'est dans ce sens que j'attends du Conseil fédéral qu'il approuve en principe mes desiderata.

Rapport du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral comprend les préoccupations de l'interpellant quant aux requêtes suisses vis-à-vis de la République démocratique allemande (RDA) concernant les personnes et les biens. Il ne saurait admettre, en revanche, l'affirmation selon laquelle ces intérêts n'auraient pas été défendus de manière assez résolue.

En décidant d'établir avec la RDA des relations diplomatiques, le 12 décembre 1972, le Conseil fédéral n'a fait que tenir compte de l'évolution de la situation politique en Europe. Par cet acte, que tous les Etats de l'Europe occidentale ont finalement accompli, nous avons pu établir la base nécessaire à une défense efficace de nos intérêts qui incluent de nombreux problèmes d'ordre humain, social, économique et financier.

Nos relations avec les pays de l'Europe de l'Est se ressentent fréquemment de différences dans les conceptions juridiques et dans l'application des lois comme, d'une manière plus générale, de l'absence d'une philosophie commune. Tel est, en particulier, le cas de la RDA qui est longtemps restée sans relations d'aucune sorte avec les pays occidentaux et qui, maintenant, ne s'écarte que lentement de son attitude peu conciliante dans le domaine des contacts humains. Nous ne cachons pas que l'attitude de la RDA à cet égard ne nous a pas satisfaits jusqu'ici.

Nous estimons que des relations internationales ne sauraient être véritablement satisfaisantes sans l'application réciproque du principe de la liberté des échanges des personnes et des idées. Ainsi, dans notre déclaration à la 3e phase de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe à Helsinki, nous avons indiqué que la solution des problèmes de cette nature jouerait pour notre opinion publique le rôle d'un révélateur dans notre appréciation du bilan de la Conférence elle-même.

Nous avons soutenu avec opiniâtreté les requêtes concrètes d'ordre humanitaire vis-à-vis de la RDA - rapatriement de familles suisses et autorisations de sortie à la suite de mariages entre

ressortissants des deux pays - par de nombreuses interventions tant sur le plan bilatéral que multilatéral. Les résultats de ces efforts inlassables sont restés modestes : peu de cas ont pu être résolus et nombreux sont ceux qui restent en suspens. Par la suite, nous avons soulevé ces problèmes au plus haut niveau, dans le cadre de la CSCE. Nous attendons désormais le résultat de cette démarche. La première réaction autorise un certain espoir que des progrès pourront être enregistrés dans un proche avenir.

Pour ce qui est du développement de nos relations économiques avec la RDA, qui a conduit à la signature d'un accord commercial et économique en juin 1975, il faut se rendre compte que notre partenaire n'y trouve pas seul son intérêt. Dans la conjoncture actuelle, un pays aussi étroitement tributaire des échanges mondiaux que la Suisse ne saurait négliger aucune possibilité d'élargir les marchés existants et d'accéder à de nouveaux marchés.

Quant à nos exigences en matière d'indemnisation des biens suisses sis en RDA, nous avons déjà fait remarquer dans la réponse à la question Schwarzenbach, le 12 février 1975, que les négociations d'indemnisation officielles ont débuté, comme convenu, après l'établissement de relations diplomatiques. Deux sessions ont eu lieu jusqu'ici, consacrées essentiellement à l'examen des questions de principe ainsi qu'à l'inventaire des matières à traiter et aux moyens de preuve.

Cette phase d'inventaire des biens suisses sis en RDA n'est pas encore achevée actuellement. Du côté suisse, nous avons à nous occuper de milliers de cas particuliers, à préparer les moyens de preuve pour les réclamations présentées et à les soumettre aux autorités compétentes de la RDA. Avec l'effectif du personnel actuellement limité, ces travaux administratifs considérables ne manqueront pas d'exiger beaucoup de temps. Du côté suisse, nous visons à un accord de nature à régler toutes les questions de biens suisses en suspens.

Dès la deuxième phase des négociations, à fin novembre 1974, la délégation de la RDA s'était montrée prête à discuter de toutes les questions relatives à des biens placés sous la gestion de l'Etat et à mener les négociations dans un esprit pratique et constructif. La même assurance a été donnée par qui de droit lors de la signature de l'accord commercial et économique. La prochaine session de négociations se tiendra en octobre prochain à Berne. Il ne saurait être question, jusqu'à maintenant, d'une attitude dilatoire de la RDA dans cette affaire. Notons à ce propos qu'outre la Suisse une série d'autres Etats ont simultanément engagé des pourparlers d'indemnisation avec la RDA.

En conclusion, nous pouvons donner l'assurance que notre diplomatie continuera à défendre énergiquement les intérêts suisses vis-à-vis de la RDA en se servant de tous les moyens appropriés.

Il faut cependant être conscient que la Suisse ne dispose pas de moyens particuliers pour imposer sa volonté. La persévérance discrète qui, traditionnellement, a caractérisé la diplomatie de notre petit Etat restera aussi à l'avenir la seule méthode à notre disposition.